

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Ullmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich Man G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22

Ercheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Preis: Für die Zeit vom 1. bis 15. März: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindefremdenverkehrs-Kasse Bischofswerda Konto Nr. 84. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 20 Pf., dreiseitige Anzeigen 15 Pf., die 60 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pf. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 61.

Freitag, den 13. März 1925.

80. Jahrgang

Tageschau.

* Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons ist in Berlin eingetroffen und hat am Donnerstag sein Amt übernommen.

* Die Entscheidung über einen bürgerlichen Gemeindefremdenverkehrs-Kandidaten für die Präsidentenwahl ist auf Donnerstag vertagt worden, nachdem der Reichsaussenminister Dr. Stresemann gegen eine Kandidatur des Reichswehrministers Gehler Bedenken erhoben hatte.

* Im Eisenbahnerstreik sind für Donnerstag Schlichtungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium anberaumt.

Die Engländer haben neuerdings in vier Städten des Ruhrgebietes die militärischen Bahnhofskontrollen aufgehoben.

Die Nervosität der Polen wegen des Sicherheitspaktes äußert sich in einer scharfen Pressenkampagne und chauvinistischen Kundgebungen.

Präsident Coolidge erteilt im Senat durch Ablehnung seines Vorschlages für die Befestigung des Justizministerpostens eine empfindliche Niederlage.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführlicheres an anderer Stelle.

Die Verhandlungen über den Bürgerkandidaten.

Stresemann als Quertreiber gegen Gehler.

Berlin, 12. März. Der unter Vorsitz des Staatsministers von Loebell gebildete Ausschuss der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung, sowie der in Betracht kommenden Organisationen hat gestern mit Vertretern der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei über eine etwaige gemeinsame Kandidatur der im Ausschuss vertretenen Parteien und Organisationen, sowie des Zentrums und der Demokraten beraten. Ueber die Beratungen wurde von zuständiger Stelle gestern mit folgendem mitgeteilt:

Von den im Ausschuss vertretenen Parteien und Organisationen wurde den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, daß der im Ausschuss vorbereitete Vorschlag einer Kandidatur Jarres aufrechterhalten werde. Sollte aber der Parteiausschuss des Zentrums, wie die Demokratische Partei es bereits getan hat, sich für eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur entschließen und auf eine eigene Kandidatur verzichten, so soll sofort in weitere Beratungen eingetreten werden. Die Entscheidung des Zentrums wird heute nachmittags dem Ausschuss mitgeteilt werden, der dann zu weiteren Beratungen zusammentritt.

Im weiteren Verlauf des Tages haben sich die Dinge dann wie folgt entwickelt: Der Parteiausschuss des Zentrums hat in fünfster Nachmittagsstunde seine Beratungen beendet. In ihnen hat die Personenfrage für die Präsidentenwahl die Hauptrolle gespielt. Dabei war die schon angelegentlich beurteilte der Wirkungen einer Kandidatur Gehler nach außen hin von ausschlaggebender Bedeutung. Die Kräfte, die sich da in die Hände gearbeitet haben, haben den erstrebten Erfolg erzielt; ob sie daran freilich eine ungeheure Freude haben werden, bleibt mehr als fraglich. Jedenfalls hat das Zentrum als Niederlage seiner Beratungen im Loebell-Ausschuss durch den Abgeordneten von Guérand mitteilen lassen, daß die Kandidatur Jarres für es nicht in Frage komme, daß es gegen die Kandidatur Gehler die schwersten Bedenken habe, daß es aber bereit sei, über eine gemeinsame Kandidatur der bürgerlichen Parteien zu verhandeln.

Stresemann gegen Gehler.

Ueber die nun geführten Verhandlungen berichtet uns ein Drahtbericht unseres Berliner Vertreters:

Die entscheidenden Beratungen über die Präsidentenkandidaturen gestalten sich überaus dramatisch. In dem von den rechtsbürgerlichen Parteien gebildeten Ausschuss unter Vorsitz des Staatsministers a. D. von Loebell war es zu Verhandlungen aller Parteien, mit Einschluß der Demokraten und des Zentrums gekommen. Wie wir bereits berichtet haben, war neuerdings von rechtsstehender Seite der Vorschlag gemacht worden, der demokratischen Partei und dem Zentrum eine Einheitskandidatur aller bürgerlichen Parteien zu unterbreiten, für die Reichswehrminister Dr. Gehler präsentiert werden sollte. Von vornherein

stand fest, daß gegen Dr. Gehler starke Einwendungen gemacht werden würden, zumal die Demokraten, die erst Dr. Simons präsentieren wollten, lediglich aus tatsächlichen Gründen sich bereit erklärt hatten, mit dem Loebell-Ausschuss zu verhandeln. Kaum hatten die Besprechungen begonnen, als zur größten Ueberraschung aller Parteien

die demokratischen Führer nach kurzen internen Besprechungen den Bescheid erteilten, daß sie gegen eine Kandidatur Dr. Gehlers nichts einzuwenden hätten! Nunmehr schien es, als ob tatsächlich eine Basis gefunden sei, unter sämtlichen bürgerlichen Parteien zu einer einheitlichen Präsidentschaftskandidatur zu kommen. Daß die Demokraten den Vorbehalt gemacht hatten, sie würden nur dann zustimmen, wenn auch das Zentrum mit Dr. Gehler einverstanden sei, fiel nicht besonders auf, da diese beiden Parteien schon seit mehreren Tagen gemeinsam untereinander verhandelt. In den Zentrumstreifen herrschte jedoch über die Zustimmung der Demokraten überaus große Bestürzung, denn die Person Dr. Gehlers ist dem Zentrum keineswegs genehm. In diesem kritischen Moment, als schon das Zentrum zum Nachgeben bereit war, ließ plötzlich die Mitteilung ein, daß

Außenminister Dr. Stresemann gegen Dr. Gehler aus schwerwiegenden außenpolitischen Gründen Einspruch erhob. Damit war die Entscheidung gefallen! Das Zentrum und die Demokraten erklärten nunmehr, aus außenpolitischen Gründen eine Kandidatur des Reichswehrministers Dr. Gehler nicht unterstützen zu können, zumal die Tatsache, daß die Reichswehr in diese Angelegenheit hineingezogen worden könnte, äußerst störend sei.

Die Zentrumsvorstände traten nunmehr zu einer Beratung zusammen und teilten den anderen Parteien mit, daß sie sich dazu entschlossen hätten, den früheren Reichszanzler Marx als Einheitskandidaten in Vorschlag zu bringen. Selbstverständlich lehnten die Rechtsparteien ab, Marx zu unterstützen.

Die Entscheidung auf Donnerstag vertagt.

Eine weitere Meldung berichtet uns:

Berlin, 12. März. (Draht.) Die an den Beratungen beteiligten Kreise, die sich von weitbildenden Erwägungen leiten lassen, teilen die angeblichen außenpolitischen Bedenken nicht und sind auch bereit, sie und die aufstauende andere Bedenken nicht zu gewichtigen zu nehmen, in der Gewissheit, daß Dr. Gehler nach seiner ganzen Vergangenheit und nach der Haltung, die man von ihm erwarten muß, durchaus geeignet ist. Daß sie mit dieser Auffassung recht haben, namentlich auch in außenpolitischer Beziehung, und daß die hier so auffällig erhobenen Bedenken schlecht begründet sind, bezeugt uns die Darstellung eines soeben aus Genf zurückgekehrten Parlamentariers, der uns erklärte, daß er dort sowohl bei den Vertretern der einzelnen alliierten Regierungen wie bei den Herren des Völkerbundes selbst durchaus auf Verständnis, Würdigung und Zutrauen von der Loyalität des gegenwärtigen Reichswehrministers gestochen sei. Daß Herr Dr. Stresemann über diese Stimmung der maßgebenden ausländischen Kreise unzulänglich unterrichtet zu sein scheint, ist an sich schon eine bemerkenswerte Tatsache, daß er aber gleichwohl so weittragende gutachtliche Äußerungen von sich gibt, berührt noch sonderbarer. Jedenfalls hatte man in der nachmittägigen Beratung des Loebell-Ausschusses durchaus den Eindruck der Bereitschaft zum Festhalten an der Kandidatur Gehler, und der Beauftragte des Zentrums kehrte zu seinen Parteifreunden zurück, um noch einmal mit ihnen zu sprechen und dem Ausschuss dann in siebenter Stunde neuen Bescheid zu bringen. In achter Abendstunde hat das Zentrum, in dessen Beratungen die Gegenfrage noch nicht zu überbrücken waren, seine Entscheidung auf Donnerstag vormittag vertagt. Der Loebell-Ausschuss, der davon in Kenntnis gesetzt wurde, hat sich damit einverstanden erklärt, auch seinerseits mit einer abschließenden Stellungnahme bis heute zu warten.

Dr. Simons Amtsantritt am Donnerstag.

Berlin, 12. März. Der stellvertretende Reichspräsident, Reichsgerichtspräsident Simons, ist gestern früh in Berlin eingetroffen und auf dem Bahnhof vom Reichszanzler Luther und den Staatssekretären Reichner und Kempner empfangen worden. Dr. Simons übernimmt heute sein Amt und wird zu diesem Zwecke von der Reichsregierung bezw. von seinem stellvertretenden Amtsvorgänger Dr. Luther vereidigt. Er wird für die Dauer seiner Tätigkeit als stellvertretender Reichspräsident Wohnung im Palais des Präsidenten nehmen.

Der Reichsjustizminister im Reichstag.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 11. März. Abgesehen von einer recht lebhaften Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung der Anträge auf Änderung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten nahmen auch die heutigen Reichstagsverhandlungen in den ersten Stunden einen ruhigen Verlauf. Der Abgeordnete Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei fand die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages, als er in sehr eindrucksvoller Weise für die Wiederherstellung der erschütterten Rechts- und Staatsautorität eintrat und die absolute Fernhaltung der Parteipolitik aus dem Richterstande forderte, wobei er die Umsturzbestrebungen und die Mißachtung der Würde des Hauses durch die Kommunisten mit scharfen Worten geißelte. Der Unwille bei den bürgerlichen Parteien über die gestrige ungeschickliche Berichterstattung über die Ausschusssitzungen durch den kommunistischen Abgeordneten wirkte heute noch nach, indem verschiedene Redner die bereits gestern von anderer Seite erhobenen Proteste gegen das Vorgehen des Senenser Universitätsprofessors Dr. Korsch heute in verstärktem Maße wieder aufnahmen und unterstrichen.

Nach dem Abgeordneten Dr. Kahl erhob sich der Reichsjustizminister Dr. Frenken. Er ging auf die verschiedenen Anregungen aus dem Hause ein und bemühte sich, die an seiner Verwaltung besonders in der gestrigen Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Levi geübte Kritik zu entkräften. Der greise Minister verfügt nicht über ein besonders starkes Organ. Daher kam es, daß die Abgeordneten, um ihn besser verstehen zu können, sich im Halbkreis um ihn scharten. Einige Einwendungen, die ihm in Form von Zwischenrufen gemacht wurden, fehlten ihm in seinem Vortrag zu tören. Es rief daher eine herzliche Heiterkeit aus, als der Minister jovial bemerkte: „Ich bitte die Herren, mich nicht zu unterbrechen, da es mir sonst leicht passieren könnte, daß ich den Faden verliere.“ Der Minister bespricht dann die Hinausweisung eines Verteidigers durch den Vorsitzenden im Tscheka-Prozess. Dieser Fall stehe wohl vereinigt da. Der Vorsitzende habe die Pflicht, die Ordnung aufrechtzuerhalten, und das Recht, wenn sich Hemmungen einstellen, auch zu den schärfsten Mitteln zu greifen und zur Hinausweisung zu schreiten. (Hört! hört! links.) Die Bestrebungen zur Erleichterung der Entscheidung könnten nicht gefördert werden. Der Minister erklärt sich im übrigen bereit, alle vorgebrachten Wünsche zu prüfen.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) wirft den Justizorganen vor, daß sie sich zu gut auf irdische Angelegenheiten verstanden und die geistigen vernachlässigten. Der Republikanische Richterbund habe ein neues schwarz-rot-goldenes Strebertum großgezogen.

Nach den Ausführungen des kommunistischen Redners werden die Beratungen abgebrochen. Ein Antrag, in dem die Länder aufgefordert werden, anlässlich der bevorstehenden Präsidentenwahl die Wahlfreiheit zu schützen, wird angenommen.

Das Haus vertagt sich dann auf Donnerstag, 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Volkszählung, Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums über das Wahlverfahren bei der Präsidentenwahl und Weiterberatung des Justizgesetzes.

Verschärfter Kampf in Preußen.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 12. März. (Draht.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist die Auflösung des Preussischen Landtages für den Fall einer neuerlichen Niederlage des Ministeriums Marx bereits grundsätzlich beschlossen worden. Nach Lage der Dinge muß man mit einem verschärften Kampf zwischen den Regierungsparteien und der Opposition der Rechten rechnen. Neue Verhandlungen zwischen Marx und den Rechtsparteien werden nicht mehr stattfinden. Vielmehr beabsichtigen die Regierungsparteien im Landtag eine nochmalige grundsätzliche Entscheidung über die Vertrauensfrage herbeizuführen.

Amthliche Umgangsformen.

Auf ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Schmidt (Steglich) an den Reichsfinanzminister, betreffend die Lokart der Rundverfügung beim Finanzamt Chemnitz-West, worin die Beamten mit „einer Herde Ochsen“ verglichen wurden, hat der Finanzminister in der Antwort sein Bedauern wegen der groben Entgleisung ausgedrückt. Der Verfasser sei in schärfster Weise gerügt worden, von weite-